

*Peter A. Gourevitch, James Shinn:* Political Power and Corporate Control. The New Global Politics of Corporate Governance. Princeton: Princeton University Press 2005, 344 S., € 32,50.

*Philipp Klages*

Mit der Etablierung des „Comparative Capitalisms“-Forschungsprogramms in der vergleichenden Politischen Ökonomie sind die bislang überwiegend in den wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Disziplinen diskutierten Probleme der *Corporate Governance* auch ins Blickfeld der Politikwissenschaft geraten. Grundlegend sind hierbei die Eigentümerstrukturen der Aktiengesellschaften: Während die Unternehmenskontrolle bei konzentriertem Aktienkapital durch Großaktionäre ausgeübt wird, die – häufig in Allianz mit partizipatorisch eingebundenen Arbeitnehmern – auf eine langfristig orientierte Unternehmensführung hinwirken, treiben die in Publikumsgesellschaften dominierenden Streubesitzaktionäre das Management zur Maximierung der Eigenkapitalrendite an. Die in den Eigentümerstrukturen zum Ausdruck kommende Machtverteilung zwischen Managern, Aktionären und Arbeitnehmern bestimmt somit nicht nur die Ausrichtung der Unternehmensführung, sondern auch die Verteilung der von Großunternehmen erwirtschafteten Gewinne.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass *Peter A. Gourevitch* und *James Shinn* sich in ihrem Buch „Political Power and Corporate Control“ der Frage nach der Bedeutung politischer Systeme für die Ausgestaltung nationaler *Corporate-Governance*-Regime sowie deren Veränderung angenommen haben. Ob sich die Aktiengesellschaften im Streubesitz befinden oder ob diese von Großaktionären kontrolliert werden, wird zunächst auf den rechtlich vorgegebenen Umfang des Aktionärschutzes und die Koordiniertheit wirtschaftlicher Institutionen zurückgeführt. Die rechtlichen Anreizstrukturen resultieren ihrerseits, so die Hauptthese des Buches, aus dem Zusammenspiel von Präferenzen und politischen Institutionen. Zumindest für entwickelte Demokratien zeigen die Autoren (leider nur mittels Korrelationen und bivariater Regressionen), dass Länder mit mehrheitsdemokratischen Institutionen ein größeres Ausmaß an Aktionärschutz sowie eine stärkere

Streuung der Eigentümerstrukturen aufweisen als Länder mit verhandlungsdemokratischen Institutionen. Um diesen Zusammenhang zu erklären, modellieren sie drei mögliche Koalitionen zwischen Managern, Aktionären und Arbeitnehmern (60). Welche dieser Koalitionen sich herausbildet, erklärt sich der Argumentation des Buches zufolge aus der institutionellen Struktur des politischen Systems. Während in mehrheitsdemokratischen Systemen Investor-Koalitionen (Aktionäre und Manager vs. Arbeitnehmer) und Transparenz-Koalitionen (Aktionäre und Arbeitnehmer vs. Manager) vorherrschen, die sich für Aktionärschutz einsetzen und dadurch eine Streuung des Aktienkapitals herbeiführen, begünstigen verhandlungsdemokratische Institutionen die Herausbildung korporatistischer Koalitionen (Arbeitnehmer und Manager vs. Aktionäre), die auf eine stärkere Konzentration des Aktienkapitals hinauslaufen. Die für koordinierte Marktwirtschaften typischen langfristigen Geschäftsbeziehungen sowie die Investition in spezifische Assets (z. B. Aktienblöcke) setzen nämlich politische Kontinuität voraus. Diese ist in Verhandlungsdemokratien eher gegeben als in Mehrheitsdemokratien (76 f.). Die Möglichkeit der Herausbildung korporatistischer Koalitionen verschafft Arbeitnehmern und Managern die politische Macht, sich gegenüber den Portfolio-Aktionären durchzusetzen und den Gesetzgeber zur Schaffung marktbegrenzender Institutionen zu veranlassen. Umgekehrt: Da in Mehrheitsdemokratien die Anreize für eine korporatistische Koalition fehlen, gelingt es den Portfolio-Aktionären in diesem Fall, Manager und Arbeitnehmer zu entzweien und eine marktliberale und aktionärsorientierte Politik durchzusetzen. Politische Institutionen konditionieren dieser Argumentation zufolge die Bildung von Koalitionen und stattdessen die Stakeholder dadurch in unterschiedlicher Weise mit Machtressourcen aus, um ihren Interessen politisch Geltung zu verschaffen.

Das Erklärungsmodell wird im zweiten Teil des Buches durch zwölf historisch vergleichende Länderstudien empirisch überprüft und um eine zeitliche Dimension erweitert. Hierbei zeigt sich, dass der Wandel von *Corporate-Governance*-Regimen sowohl durch eine Veränderung von Stakeholder-Präferenzen und Koalitionsmustern als auch durch eine Modernisierung politischer Institutionen (Bsp. Südkorea)

verursacht werden kann. Die Fallstudien verdeutlichen zudem den ambivalenten Charakter verhandlungsdemokratischer Institutionen. In Japan und den Niederlanden haben diese den korporatistischen Kompromiss verfestigt und der *Corporate Governance* dadurch ihre Wandlungsresistenz verliehen. Die Entwicklungen in Schweden zeigen jedoch umgekehrt, dass verhandlungsdemokratische Institutionen die Privatisierung der Altersvorsorge ermöglicht haben, woraufhin die Arbeitnehmer aus dem korporatistischen Bündnis mit den Insidern ausgeschert und eine „Transparenz-Koalition“ mit den Portfolio-Aktionären eingegangen sind. Schließlich wird die gruppeninterne Heterogenität der Stakeholderinteressen herausgestellt (274 f.). Diese betrifft nicht nur die zwischen Arbeitsplatz- und Altersvorsorgeorientierung hin- und her gerissenen Arbeitnehmer, sondern zeigt sich auch an der mangelnden Bereitschaft der Großaktionäre, ihre Aktienblöcke zu verkaufen und sich in Allianz mit den Portfolio-Aktionären für einen „good governance deal“ einzusetzen.

Die Autoren haben ein wichtiges Thema angestoßen, das die Politikwissenschaft sicherlich auch noch in Zukunft beschäftigen wird. Letztlich bleibt die Erklärung des Zusammenhangs zwischen politischen und wirtschaftlichen Institutionen jedoch etwas zu vage. Hier bleiben die Autoren die Antwort auf die Frage schuldig, wie man sich die Aggregation von Interessenkonstellationen in Politikergebnisse vorzustellen hat. Insbesondere die machterteilenden Eigenschaften des Wahlrechtes werden allenfalls angedeutet, jedoch nicht überzeugend ausformuliert.

Abschließend kann festgestellt werden, dass es sich bei dem besprochenen Buch um einen wichtigen Beitrag zur vergleichenden Politischen Ökonomie handelt, der gleichwohl nicht nur hinsichtlich der Darstellungsweise und Methodik, sondern auch in lektorischer Hinsicht ein größeres Maß an Sorgfalt verdient hätte.

*Andrea Berg, Anna Kreikemeyer* (Hg.): *Realities of Transformation. Democratization Policies in Central Asia Revisited*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 267 S., € 49,-.

*Alexander Warkotsch*

Der von *Andrea Berg* (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg) und *Anna Kreikemeyer* (CORE, Hamburg) herausgegebene Sammelband widmet sich dem demokratischen Transformationsprozess in den drei zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan. Der Eröffnungsbeitrag der Herausgeber verortet die regionalen Systemwechsel in einer vierten Demokratisierungswelle. Angesichts der grundsätzlich anderen Bestimmungsfaktoren postkommunistischer Systemtransformation erschien es den Autoren zu Recht konzeptionell wenig angemessen, die Vorstellung einer dritten Welle einfach über das Jahr 1989 hinweg zu verlängern. Vor allem aber verweisen die Autoren auf die – im Gegensatz zur Demokratisierungsdynamik der dritten Welle Huntingtons – besondere Ergebnisoffenheit der vierten Welle, die sich nicht allein durch einen Übergang von der totalitären Diktatur zur Demokratie, sondern auch zum Autoritarismus auszeichnet. Letzteres trifft gleichermaßen auf die in der Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie gefangenen Hybrid-Regime Kasachstans und Kirgistans und auf das autoritär-diktatorische System in Usbekistan zu.

Die durchweg empirisch-analytisch gehaltene Untersuchung ist in vier Teile untergliedert. Im ersten Abschnitt analysieren vier Beiträge den Status quo sowie die Voraussetzungen und Grenzen demokratischer Nationenbildung. *Paul Georg Geiss* richtet in seinem äußerst gehaltvollen Beitrag den Fokus auf den bürokratischen Entwicklungsstaat als geeignetes Analysekonzept regionaler Transformation sowie als Entwicklungsmodell zur Überwindung patrimonialer Politik. Damit setzt sich der Autor bewusst in Widerspruch zum Mainstream der Transformationsforschung, der das politische Ordnungsproblem vor allem mit der Frage verbindet, wie Demokratie im Sinne des westeuropäischen Parlamentarismus verwirklicht werden kann. Ein solches Vorgehen, so Geiss, vernachlässigt jedoch die Gemeinschaftsverbundenheit zentralasiatischer Politik und wirke da-